

# Stadtrat

Sitzung am Donnerstag, 21.03.2013

- Ergänzung der Unterlagen -

## Öffentliche Tagesordnung

Inhaltsverzeichnis  
siehe letzte Seite(n)

- |       |   |                                |
|-------|---|--------------------------------|
| 5.4.  | Erfahrungsaustausch zum Thema "Hochschulen und Ausländerbehörden";<br>Schreiben der FAU an das Bay. Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst<br><b>Tischauflage</b>                    | 13-2/280/2013<br>Kenntnisnahme |
| 12.   | Bebauungsplan Nr. 298 der Stadt Erlangen<br>- Ebereschenweg West - mit integriertem Grünordnungsplan<br>hier: Billigungsbeschluss<br><b>Tischauflage Erschließungskonzept</b>                         | 611/189/2013<br>Beschluss      |
| 13.1. | Stadtratsresolution zu „Radio Z“;<br>- Antrag der Stadtratsfraktion Grüne Liste Nr. 031/2013 vom 12.03.2013,<br>- Antrag der Stadtratsfraktion SPD Nr. 034/2013 vom 18.03.2013<br><b>Tischauflage</b> | 13-1/004/2013<br>Beschluss     |

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
OBM/13

Verantwortliche/r:  
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:  
**13-2/280/2013**

**Erfahrungsaustausch zum Thema "Hochschulen und Ausländerbehörden";  
Schreiben der FAU an das Bay. Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung  
und Kunst**

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	21.03.2013	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

### II. Sachbericht

In Absprache mit Herrn Prof. Dr. Gröske, Präsident der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, wird das beiliegende Schreiben an den Staatsminister des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Herrn Dr. Wolfgang Heubisch, zur Kenntnis gegeben.

**Anlagen:** Schreiben vom 06.03.2013

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

1) Bitte v. Prof. Gröske  
nachfragen, ob der  
Brief an die Stadt-  
seite weitergeleitet  
werden kann

2) W 2103 16<sup>10</sup>



FRIEDRICH-ALEXANDER  
UNIVERSITÄT  
ERLANGEN-NÜRNBERG

B 15103

Handwritten notes: Sie muss  
... 18.03.13  
Rückruf: ja

Universität Erlangen-Nürnberg | Postfach 35 20 | 91023 Erlangen

Herrn Staatsminister  
Dr. Wolfgang Heubisch  
Bayerisches Staatsministerium für  
Wissenschaft, Forschung und Kunst

80327 München

Der Präsident

20.3.

Prof. Dr. Karl-Dieter Gröske

Schlossplatz 4, 91054 Erlangen

Ansprechpartner: Dr. Brigitte Perlick

Telefon +49 9131 85-24801

Fax +49 9131 85-26335

[praesident@zuv.uni-erlangen.de](mailto:praesident@zuv.uni-erlangen.de)

[www.fau.de](http://www.fau.de)

Erlangen, den 06.03.2013

**Erfahrungsaustausch zum Thema „Hochschulen und Ausländerbehörden“**

Sehr geehrter Herr Staatsminister, *Lieber Herr Dr. Heubisch,*

mit Schreiben vom 06.02.2013 bitten Sie um Mitteilung unserer Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den Ausländerbehörden sowie Vorstellung von „Best practice-Beispielen“ und möglichen Verbesserungsvorschlägen. Diesem Wunsch komme ich gerne nach.

Das Referat für Internationale Angelegenheiten an der FAU, in dem sich u.a. auch das Welcome Centre der FAU befindet, fungiert als erste Anlaufstelle für alle internationalen Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und verfügt daher über einen reichen Erfahrungsschatz. Im täglichen Umgang erweist sich die Zusammenarbeit insbesondere mit der Erlanger Ausländerbehörde als ausgesprochen vertrauensvoll und lösungsorientiert. Aufkommende Fragen oder Zweifelsfälle bei der Beratung von Studierenden können oft umgehend und zur Zufriedenheit aller Beteiligten geklärt werden, häufig kann dem Studierenden bereits durch eine telefonische Nachfrage weitergeholfen werden. Im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten ist die Ausländerbehörde in Zusammenarbeit mit dem Referat für Internationale Angelegenheiten und der Allgemeinen Studienberatung der FAU stets bemüht, aufenthaltsrechtliche Probleme im Sinne der Gäste und Studierenden beizulegen. Dies ist u.a. den folgenden beiden Maßnahmen zu verdanken, die wir gern als „Best practice-Beispiele“ anderen Universitäten und Hochschulen empfehlen können.

**Runder Tisch**

Im Rahmen eines „Runden Tisches“, der sowohl in Erlangen als auch in Nürnberg in etwa halbjährlichem Turnus stattfindet und dem Vertreter der Ausländerbehörden, der Hochschulgemeinden, der Polizei sowie der Universitäten und Hochschulen in der Region angehören, werden aktuelle Probleme im Zusammenhang mit ausländischen Studierenden thematisiert. Von diesen konkreten Fällen ausgehend werden allgemeingültige Lösungsansätze diskutiert und abgestimmt. Ziel der Gesprächsrunde ist u.a., die aktuelle Bedürfnislage ausländischer Studierender sowie deren besondere Probleme vor Ort zu kennen und sich über den Umgang damit auszutauschen. Damit kann mittelfristig die Betreuung ausländischer Studenten verbessert werden. Die Studierenden fühlen sich in ihrer spezifischen Bedürfnislage ernst genommen.

**Intensivberatung für ausländische Studierende der FAU, deren Aufenthalt in Deutschland gefährdet ist**

Für ausländische Studierende der FAU, die den Ausländerbehörden im Zuge der Erteilung oder Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis aufgefallen sind, weil sie nicht in der Lage zu sein scheinen, die für die Verlängerung erforderlichen Nachweise eines ordnungsgemäßen Studiums zu erbringen, wurde in Erlangen das Konzept der Intensivberatung entwickelt.

Ziel 1 der Intensivberatung ist, zu ermitteln, welche Hindernisse den/die Studierenden darin einschränken, ein vollständig ordnungsgemäßes Studium zu verfolgen. Die Gründe können sowohl im Studium als auch im persönlichen Bereich (z.B. Finanzen, psychischer Druck, Krankheit) liegen.

Ziel 2 ist, gemeinsam mit den betreffenden Studierenden eine Strategie und einen Zeitplan zu erstellen, der es ihnen ermöglicht, wieder auf den stringenten Weg eines erfolgreichen Studiums zurückzufinden.

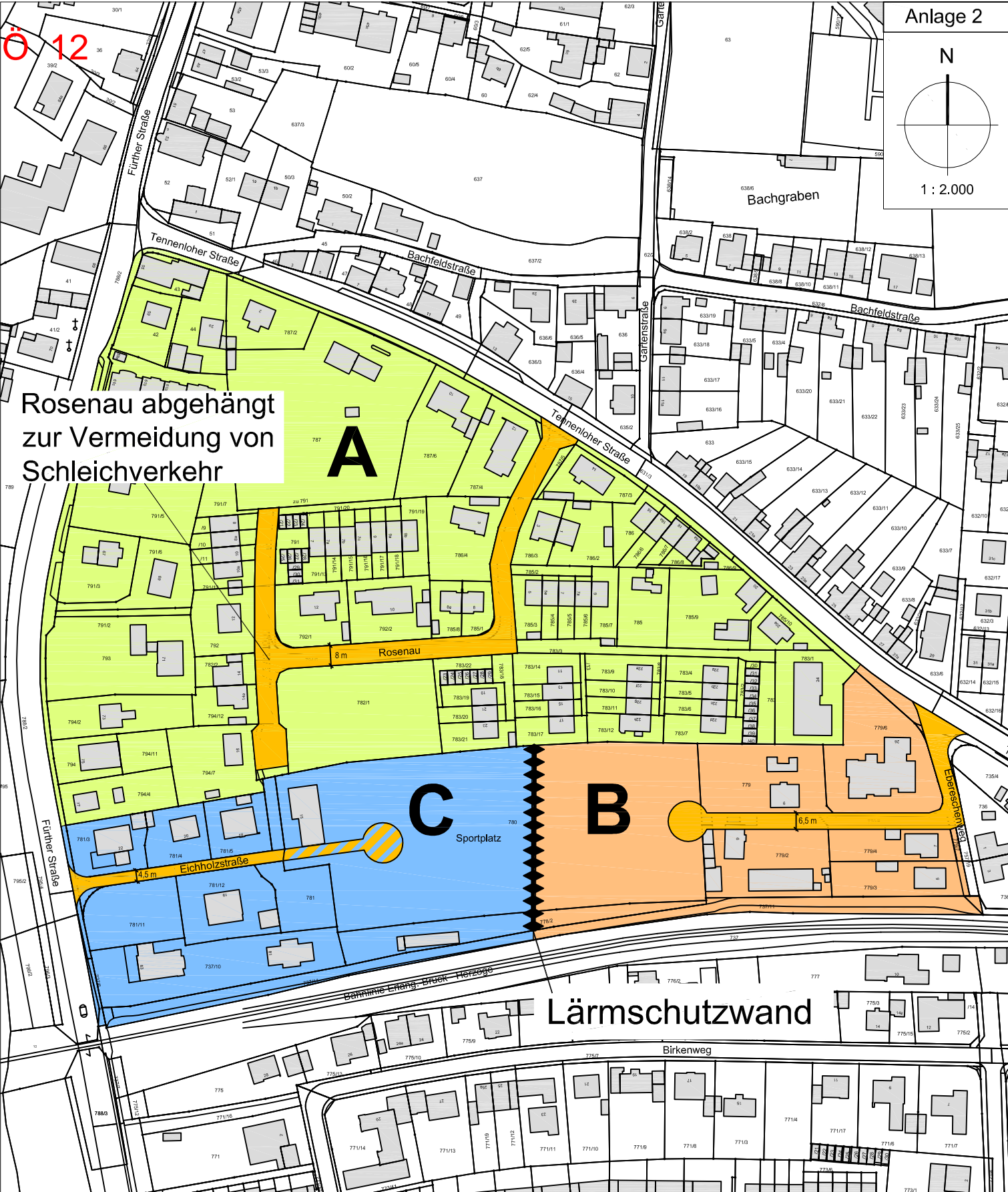
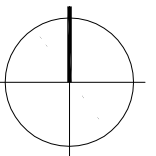
Ziel 3 ist, den Zeitplan mit der Ausländerbehörde so abzustimmen, dass diese für den Zeitraum der Intensivberatung von ausländerrechtlichen Rückfragen oder Maßnahmen Abstand nimmt. Hierdurch wird der psychische Druck auf den Studierenden gemindert, der eine klare und realistische zeitliche Perspektive erhält und nicht monatlich fürchten muss, die Aufenthaltserlaubnis zu verlieren. Vorteile: Die Ausländerbehörde ist nicht mehr gezwungen, über Sachverhalte außerhalb ihrer fachlichen Kompetenz zu entscheiden und kann den Fall für die verabredete Zeit in den Verantwortungsbereich der FAU geben. Kurzfristige Fiktionsbescheinigungen entfallen, Verwaltungsgebühren fallen in längeren Zeiträumen an und die auf das Studium negativ wirkende Androhung einer bevorstehenden Ausweisung kann gemildert werden.

Die Ausländerbehörde identifiziert einen möglichen Problemfall und verweist ihn an die FAU zu einer Erstberatung mit einer Beraterin oder einem Berater, die/der mit dem betreffenden Studiengang vertraut ist. Dieser führt das Erstgespräch durch und dokumentiert den geschilderten Sachverhalt. Zeitnah werden weitere Daten aus der Prüfungsverwaltung, den Studiengängen, der Fakultät und des Referats für Internationale Angelegenheiten zusammengetragen. Studienberatung und Referat für Internationale Angelegenheiten erstellen ein Erstgutachten und verhandeln den darin enthaltenen Zeitplan mit der Ausländerbehörde Erlangen. Der Zeitplan sieht regelmäßige Gespräche zwischen Beratern und Studierenden vor, um den Erfolg der Maßnahme zu kontrollieren und gegebenenfalls ergänzende Maßnahmen einzuleiten. Die Ausländerbehörde erteilt dem Studierenden eine Aufenthaltserlaubnis für den verabredeten Zeitraum mit der Auflage, die Intensivberatung der FAU wahrzunehmen. Die Aufenthaltserlaubnis umfasst dabei in der Regel einen Zeitraum von 1-2 Semestern, abhängig von Prüfungszeiträumen und studiengangspezifischen Terminen. Zum Ende des Zeitraums wird ein neues Gutachten erstellt, das eine Prognose zum weiteren Studienverlauf enthält.

Das Konzept der Intensivberatung wird seit 2010 umgesetzt. Ca. 25 Studierende haben es durchlaufen. Alle Beteiligten haben bislang positive Erfahrungen damit gemacht. Für Rückfragen steht Ihnen gerne die Leiterin des Referats für Internationale Angelegenheiten, Frau Dr. Perlick, zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

  
Prof. Dr. Karl-Dieter Gröske



Rosenau abgehängt zur Vermeidung von Schleichverkehr






A

C Sportplatz

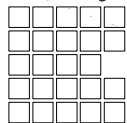
B

Lärmschutzwand

Zeichenerklärung

-  Erschließungsbereich A
-  Erschließungsbereich B
-  Erschließungsbereich C
-  Erschließungsstraße städtisches Eigentum
-  Erschließungsstraße möglicher Ausbau

Stadt Erlangen



# Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

## BPlan Nr. 298

### Erschließungskonzept

Bearbeitet: Franz, 5/11

Gezeichnet: Döringer

erstellt: 14.03.2013

**Bebauungsplanentwurf Nr. 298 - Ebereschenweg West –  
hier: Erschließungskonzept der Wohngebiete östlich der Fürther Straße, südlich  
der Tennenloher Straße und nördlich Bahnstrecke Bamberg – Erlangen Bruck –  
Herzogenaurach.**

---

**Anlage: Erschließungskonzept**

- I. Oberstes Ziel des Erschließungskonzeptes ist die Vermeidung von Schleichverkehr durch die Wohngebiete zwischen der Fürther Straße und der Tennenloher Straße.

Erschließungsbereich A:

Die Erschließung erfolgt heute bereits von der Tennenloher Straße über die Rosenau und die abgehängte Eichholzstraße.

Erschließungsbereich B:

Der Geltungsbereich des Bebauungsplan Nr. 298 wird dem Erschließungskonzept folgend, über eine Stichstraße mit Wendehammer erschlossen.

Eine Verlängerung des Stichweges auf die Sportplatzfläche des TV 1861 Erlangen ist wegen der notwendigen Schallschutz- Wall- Wand-Kombination nicht möglich.

Erschließungsbereich C:

Die Sportplatzfläche des TV 1861 Erlangen kann analog des Erschließungskonzeptes von der Fürther Straße über die Eichholzstraße mit einem weiteren Stich mit Wendehammer erschlossen werden. Dieses Erschließungssystem lag bereits einem im Jahre 2007 vom Planungsamt erarbeiteten und mit den Fachämtern abgestimmten Bebauungskonzept für die Sportplatzfläche des TV 1861 Erlangen zugrunde.

i.A.

R. Franz

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/13-1

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:  
13-1/004/2013

**Stadtratsresolution zu „Radio Z“;**  
**- Antrag der Stadtratsfraktion Grüne Liste Nr. 031/2013 vom 12.03.2013,**  
**- Antrag der Stadtratsfraktion SPD Nr. 034/2013 vom 18.03.2013**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	21.03.2013	Ö	Beschluss	

### Beteiligte Dienststellen

OBM, Amt 13

## I. Antrag

1. Der Stadtrat nimmt das Schreiben des Oberbürgermeisters vom 20.3.2013 an den Präsidenten der Bayer. Landeszentrale für neue Medien zustimmend zur Kenntnis. Der Forderung nach einer Stadtratsresolution bzw. nach Rücknahme von Zuschusskürzungen für „Radio Z“ wird damit entsprochen.
2. Die Anträge Nr. 031/2013 und Nr. 034/2013 sind damit abschließend bearbeitet.

## II. Begründung

### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Oberbürgermeister hat mit Schreiben vom 20.3.2013 an den Präsidenten der Bayer. Landeszentrale für neue Medien dem von den Stadtratsfraktionen von Grüne Liste und SPD formulierten dringlichen Wunsch nach einer Rücknahme von Zuschusskürzungen für „Radio Z“ Rechnung getragen. Im sachlichen Einklang mit einem Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg hat der Oberbürgermeister der Stadt Erlangen außerdem die BLM gebeten, zur Sicherstellung der Existenz des Senders eine dauerhafte Basisförderung zu prüfen.

Mit dem Schreiben des Oberbürgermeisters soll die BLM dazu bewegt werden, die Kürzung der Zuschüsse an „Radio Z“ zurückzunehmen und die Zukunft des Senders durch eine Basisförderung wirtschaftlich zu sichern.

### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

**Anlagen:** OB-Schreiben an BLM  
Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 031/2013  
DFraktionsantrag SPD Nr. 234/2013

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle  
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift  
VI. Zum Vorgang

**Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO**

Eingang: 12.03.2013  
 Antragsnr.: 031/2013  
 Verteiler: OBM, BM, Fraktionen  
 Zust. Referat: OBM/Dr. Balleis  
 mit Referat:



**Stadtratsfraktion**

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen  
 Zimmer 130

Herrn  
 Oberbürgermeister  
 Dr. Siegfried Balleis  
 Rathausplatz 1  
 91052 Erlangen

tel 09131/862781 fax 09131/861681  
 e-mail: gruene-liste@erlangen.de  
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:  
 Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 12.03.2013

**Antrag: „Medienvielfalt für Bayern“ - Erklärung des Stadtrates**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Radio Z ist ein Bürger-Projekt, das einen wichtigen Beitrag sowohl zur Medienvielfalt leistet als auch als soziokulturelle Plattform zur kulturellen Vielfalt in der Metropolregion beiträgt. Eine große Zahl gesellschaftlicher Gruppen und Minderheiten organisieren und erhalten den Sender in ehrenamtlicher Leistung. Sie fördern damit gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt und stärken die Identität und das Selbstbewusstsein der im Projekt zusammengeschlossenen Minderheiten.

Solche positiven Signale von Toleranz und Pluralismus und die Beiträge zu den notwendigen demokratischen Prozessen der Integration und des interkulturellen Dialogs werden von einer Öffentlichkeit weit über den Stamm-Hörerkreis hinaus wahrgenommen.

Die aktuellen Kürzungen bei der Programmförderung durch die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) setzen ein falsches Zeichen. Radio Z sollte vom Freistaat nicht nur stärker finanziell unterstützt werden, sondern eine ausreichend hohe Basisförderung erhalten, die Planungssicherheit ermöglicht.

Radio Z und die von ihm initiierte Kampagne „Medienvielfalt für Bayern“ fordern einen gesetzlich verankerten Förderauftrag für Community-Medien, wie er in anderen Bundesländern bereits existiert.

Wir beantragen folgende Erklärung des Stadtrates:

Der Stadtrat der Stadt Erlangen unterstützt die Kampagne „Medienvielfalt für Bayern“, die sich für einen gesetzlich verankerten Förderauftrag für Community-Medien einsetzt. Der Stadtrat bedauert ausdrücklich die Kürzung der Programmförderung für Radio Z durch die Bayerischen Landeszentrale für neue Medien.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Susanne Lender-Cassens

F.u.R. Wolfgang Most

**Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO**

**Eingang:** 18.03.2013  
**Antragsnr.:** 034/2013  
**Verteiler:** OBM, BM, Fraktionen  
**Zust. Referat:** OBM/Dr. Balleis  
**mit Referat:**

**SPD Fraktion  
im Stadtrat Erlangen**

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Siegfried Balleis  
Rathaus  
91052 Erlangen

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
spd.fraktion@stadt.erlangen.de  
www.spd-fraktion-erlangen.de

**Antrag zur Stadtratssitzung am 21. März 2013  
Stadtratsresolution zur Unterstützung Radio Z**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das in unserer Nachbarstadt Nürnberg ansässige Projekt Radio Z, das in der Medienvielfalt in unserer Region eine wichtige Rolle spielt, wichtige gesellschaftliche Themen aufgreift, für Teilhabe, Offenheit und Toleranz steht und vielen Minderheiten ein Sprachrohr bietet, ist durch die aktuellen Kürzungen der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien (BLM) in seiner bisherigen Arbeit gefährdet.

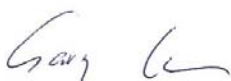
Anders als in anderen Bundesländern ist die Förderung von Community-Medien in Bayern nicht gesetzlich abgesichert. Daher fordern wir die Stadtspitze und den Stadtrat auf, das Engagement der zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeiter\_innen und das Programmangebot von Radio Z zu unterstützen und folgende Resolution zu beschließen:

Der Stadtrat fordert die Bayerische Landeszentrale für Neue Medien auf, die Kürzung der Programmförderung für Radio Z zurückzunehmen, und unterstützt die Kampagne „Medienvielfalt für Bayern“, die sich für einen gesetzlich verankerten Förderauftrag für Community-Medien in Bayern ausspricht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik                      Barbara Pfister                      Ursula Lanig  
Fraktionsvorsitzender      stv. Fraktionsvorsitzende      Sprecherin für Kultur

José Luis Ortega  
Lleras  
Stadtrat



f.d.R. Gary Cunningham  
Geschäftsführer der SPD-Fraktion

**Datum**  
18.03.2013

**AnsprechpartnerIn**  
**Gary Cunningham**

**Durchwahl**  
09131 862225

**Seite**  
**1 von 2**

## Stadt Erlangen

Der Oberbürgermeister

Herrn Präsident  
Siegfried Schneider  
Bayerische Landeszentrale für  
neue Medien  
Heinrich-Lübke-Straße 27  
81737 München

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Telefon 0 91 31 / 86 22 00  
Telefax 0 91 31 / 86 21 12  
E-Mail [stadt@stadt.erlangen.de](mailto:stadt@stadt.erlangen.de)  
Internet <http://www.erlangen.de>  
Az. OBM/13-1/GP003

20. März 2013

### Förderung „Radio Z“

---

Sehr geehrter Herr Präsident Schneider ,

es gehört zu den Aufgaben der BLM, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger die Meinungsvielfalt im privaten Rundfunk zu stärken und zu fördern. Meinungsvielfalt ist ein Element unserer demokratischen Gesellschaft. „Radio Z“ als einer von nur zwei offenen Bürgerradiosendern in Bayern ist Teil dieser Vielfalt, indem es vor allem lokale Themen im Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen auf ganz eigene Art aufgreift und dabei oft auch gesellschaftliche Gruppen zu Wort kommen lässt, die sich im kommerziellen Privatrado oder auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk in dieser Form eher nicht wiederfinden.

Dass diese demokratische Medienarbeit im Wesentlichen vom ehrenamtlichen Engagement vieler Menschen lebt, sollte besondere Anerkennung finden.

Ich bitte Sie deshalb Ihre Entscheidung zur Kürzung der Produktionskostenzuschüsse für „Radio Z“ zu überprüfen. Im Übrigen unterstützt die Stadt Erlangen die Anregung des Nürnberger Oberbürgermeisters Dr. Ulrich Maly, „Radio Z“ künftig mit einer dauerhaften Basisförderung auszustatten – aus den oben genannten Gründen.

Mit freundlichen Grüßen

*gez. Dr. Balleis*

Dr. Siegfried Balleis

# Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Tischauflagen -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 5.4 Erfahrungsaustausch zum Thema "Hochschulen und Ausländerbehörden"; Sc	
Mitteilung zur Kenntnis 13-2/280/2013	2
Schreiben FAU vom 06.03.2013 13-2/280/2013	3
TOP Ö 12 Bebauungsplan Nr. 298 der Stadt Erlangen - Ebereschenweg West - mit in	
Anlage 2: BPlan_298_Erschliessungskonzept 611/189/2013	5
Anlage 3: Erschließungskonzept 611/189/2013	6
TOP Ö 13.1 Stadtratsresolution zu „Radio Z“;Antrag der Stadtratsfraktion Grüne	
Beschlussvorlage 13-1/004/2013	7
031/2013 Antrag Grüne Liste v. 12.3.2013 13-1/004/2013	9
034/2013 Antrag SPD v.18.3.2013 13-1/004/2013	10
OB-Schreiben an BLM 13-1/004/2013	11
Inhaltsverzeichnis	12